



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/175 - 7. August 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21681 - 33

Fernschreiber 0886590

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Dynamische Politik Von Waldemar von Knoeringer, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	103
3 - 4	Verantwortung in der Politik! Abkommen über Atombesitz dringend notwendig	86
5	Halbwahrheiten des Ministers Strauß Bemerkungen zu einem Interview	47
6	Wirklichkeit widerlegt Lücke In Schleswig-Holstein fehlen allein 140.000 Wohnungen	48

* * *
* *

Dynamische Politik

Von Waldemar von Knoeringen,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Seit die Nachricht von der gegenseitigen Einladung Eisenhowers und Chruschtschows über die Fernschreiber der Weltagenturen ging, haben die politischen Kommentatoren viel zu rätseln. Was auch immer an Für und Wider geschrieben werden möge, eins ist nicht zu bestreiten: die große Politik ist in eine neue Phase eingetreten.

Schienen noch vor kurzem die Verhandlungen in Genf in einer Erstarrung der Fronten die Ausweglosigkeit der weltpolitischen Situation zu bestätigen, so wird nunmehr eine neue Dynamik sichtbar. Die von Chruschtschow nach dem XX. Parteitag eingeleitete Politik war zweifellos darauf gerichtet, aus der Erstarrung der russischen Position herauszuführen und in die bewegliche Auseinandersetzung mit der westlichen Welt zu kommen, durch die Ausnutzung jeder Ausfallposition den eigenen Einflußbereich zu erweitern und den Westen auf dem ökonomischen und ideologischen Feld herauszufordern.

Amerika hat darauf geantwortet. Nach längerem Schwanken und Zögern nahm es die Herausforderung an. Der Besuch Nixons in Rußland und Polen und seine Begleitumstände machen deutlich, daß Amerika den neuen Stil des persönlichen Gesprächs übernommen hat. Er soll nun fortgesetzt werden. Wir sind uns darüber im klaren, daß Wunder nicht zu erwarten sind, aber wir hoffen doch, daß durch diese Gespräche etwas von jener Fehlurteil abgebaut wird, das beide Seiten durch gewollte oder ungewollte Isolierung und Propaganda gegenseitig aufgerichtet haben. Das kann schon viel bedeuten für eine Entspannung in der Welt. Niemand wird bestreiten, daß diese neue Phase der Politik dynamische Bewegungen auslösen kann, die viele Möglichkeiten in sich tragen. Die Russen sind es, die sich zur Zeit nicht genug tun können, Gäste aus dem Westen einzuladen, denn sie glauben, daß ihre Leistungen bereits zwingende Argumente für ihre wachsende Überlegenheit sind. Sie haben auch mit dem soeben abgeschlossenen Weltjugendfestival in Wien einen ersten Propagandavorstoß in die westliche Welt hinein gemacht, der, ob gelungen oder nicht, jedenfalls zeigt, daß wir es mit einer Strategie zu tun haben. Diese findet ihren Ausdruck in Chruschtschows ständigen Proklamationen von der unbezwingbaren und auf den Selbstbewußtsein eigener Leistung beruhenden Kraft, die die westliche Welt in Geistigen und Materiellen niederzukonkurrieren werde.

Was kann der Westen in dieser Lage tun? Die Haltung der Amerikaner zeigt den einzig richtigen Weg, nämlich die Herausforderung anzunehmen. Jeder Versuch, sich hinter einer Mauer der Abwehr, und seien es auch noch so viele Raketenabschußsassen, zu verschanzen und zu hoffen, daß sich dann die kommunistische Herausforderung von selbst erledigt, wäre verhängnisvoll. Wenn die Demokratien nicht in der Lage sind, sich zu stellen und die Auseinandersetzung dynamisch zu führen, werden sie genau das tun, was dem Kommunismus immer neue Chancen gibt.

Die Politik der Bundesregierung basiert auf der Strategie der Verschanzung hinter dem Raketengürtel der NATO. Man müsse nur starr sein in der Ablehnung alles dessen, was den Status quo in Frage stellen könne, so werde man ihn auch behalten. Das heißt, die Position militärischer Macht wäre so aufzubauen, daß zumindest die Sicherheit und

Freiheit der 52 Millionen Deutschen in Westdeutschland erhalten bleibt und unser wirtschaftliches Leben sich ohne Störung weiter zu entwickeln vermag. Diese Haltung ist unrealistisch und illusionär. Wenn man weiß, wie die Atmosphäre der Sättigung bei vielen Menschen den Blick für die weiterreichenden Fragen unserer Existenz beschränkt und wie dieses Denken die Regierung und ihre Mehrheit in Fesseln schlägt, dann fragt man sich, wie werden wir, die wir an der Nahtstelle der Welten leben, jene Kraft entwickeln können, die die kommenden Jahre vor uns fordern.

Jetzt kommt die Zeit, wo sich erweisen muß, ob wir den Mut haben, für die Werte der Freiheit, der Demokratie und des Rechtes einzutreten. Jetzt muß sich erweisen, ob wir imstande sind, nicht nur das Dogma des Kommunismus mit starren Erklärungen abzulehnen, sondern uns auseinanderzusetzen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die jenseits des Eisernen Vorhanges sich entwickelt und die wir kennen müssen, wenn wir sie verstehen und uns ihr gegenüber behaupten wollen. Der Geist, mit dem die Bonner Regierung an die Verhandlungen in Genf heranging, ihre Ängstlichkeit, die Unbeweglichkeit und Ideenlosigkeit, die ihre Verhandlungstaktik auszeichnet, das hängliche Zögern, das sie z. B. bei der möglichen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Prag und Warschau zeigt, und die sorgervolle Haltung, die sie zu dem Direktgespräch zwischen Moskau und Washington einnimmt, machen es klar, daß diese Regierung der außenpolitischen Situation bisher nicht gewachsen war und auch in Zukunft nicht gewachsen sein wird. Ihr sind die Gedanken fremd, aus denen heraus heute Politik gemacht werden muß. Sie handelt vom konservativen Standort aus, sie bleibt statisch, sie hat keine strategische Konzeption gegenüber dem Kommunismus, sie erschöpft sich im Wirtschaftswunderdenken und - was ihre größte Schwäche ist -, sie selbst hat keine Haltung und keine innere Beziehung zu jenen Ideen der sozialen Demokratie, die uns in Fleisch und Blut übergegangen sein müßten. Gerade durch ihr Verhalten zur Opposition hat sie immer wieder gezeigt, daß sie zwar das Grundgesetz formal anerkennt, daß sie aber vom Wesen der Demokratie in ihrer Innersten nicht erfüllt ist. Hier ist die Schwäche der bundesrepublikanischen Position, hier ist die Wurzel der Unsicherheit und Ängstlichkeit vor der unausweichlichen Begegnung mit dem Kommunismus.

Die Sozialdemokratische Partei hat nicht nur die Chance, sie hat die Verpflichtung, dieses Problem in seiner ganzen Breite aufzudecken. Sie muß innenpolitisch den Kampf um eine Ausweitung der Demokratie und um eine Vertiefung des demokratischen Bewußtseins führen; und sie muß, wenn es nicht anders geht, auch auf sich allein gestellt, dem Kommunismus gegenüberreten. Die Sozialdemokratie hat Vertrauen in den demokratischen Staat, wenn es gelingt, den Geist der Verfassung zu verwirklichen. Indem wir gegen die restaurativen und reaktionären Einflüsse in der deutschen Politik auftreten, schaffen wir auch die Voraussetzungen für eine in die Zukunft gerichtete Politik der Lebensbegegnung unseres Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrem Deutschlandplan, in ihrem Sozialplan und in ihrem Programm für die Mobilisierung der geistigen Kräfte die Richtung gezeigt, in der sie in der praktischen Politik vorangehen will. Sie muß eine breite Konzeption entwickeln. Sie muß sie hineinstellen in das Spannungsfeld unserer Welt. Sie muß die vorwärtstreibende, weiterwirkende und gestaltende Kraft in der gegenwärtigen Phase deutscher Politik sein.

Es gibt kein Ausweichen, wir müssen nach vorwärts!

Mehr Verantwortung in der Politik !

sp - Die alarmierenden Angaben der Atomkommission, daß sich die Radioaktivität der Luft und des Wassers in den letzten Jahren in allen Ländern Westeuropas mehr als verdoppelt hat, und der Hinweis des Medical Research Council (Rat für medizinische Forschung), daß jede radioaktive Einwirkung potentiell gefährlich ist, und die Gefahr mit der Einwirkung wächst, führen die Bedeutung der Genfer Atomkonferenz, die sich seit längerer Zeit um ein Abkommen über Inspektion und Kontrolle der Kernwaffenversuche bemüht, besonders eindringlich vor Augen. Erfreulich ist, daß die Arbeit dieser Konferenz, die abseits vom großen Welttheater in aller Stille um Lösungen ringt, Fortschritte gemacht hat. Von 25 Punkten des Abkommens wurde in 17 Punkten, unter denen sich einige wesentliche befinden, Übereinstimmung erzielt. Schwierigkeiten bereiten lediglich noch die Fragen der Inspektion und Kontrolle, deren Überwindung sich jedoch jetzt dadurch abzeichnet, daß sich Chruschtschow im Mai mit einer Kontrolle grundsätzlich einverstanden erklärte, wenn er auch nicht unterließ, den Akzent mehr auf den politischen Charakter der Vereinbarung zu legen, weil seiner Meinung nach die Abmachung nicht wissenschaftlich verkompliziert werden dürfe. Auch einigte man sich über den Sitz einer obersten Kontrollbehörde in Wien. Vor allem aber bedeutet die effektive Einstellung der Versuche schon vor Abschluß eines Abkommens, daß ihnen an einem Fortschritt dieser Verhandlungen, die wohl die bedeutendste und folgenreichste weltpolitische Entscheidung zu treffen haben, außerordentlich gelegen ist.

Umsomehr muß es befremden, wenn bei diesem Stand der Dinge neue Mächte auf den Plan treten und den Anspruch erheben, ebenfalls Atom-mächte zu werden. In einem Augenblick, wo das globale Gleichgewicht atomarer Macht noch in den Händen der drei Großen liegt, die die Notwendigkeit der Entschärfung der weltweiten Gefahrensituation erkannt haben, und nach Möglichkeiten suchen, aus dieser unerquicklichen Lage herauszukommen, ist ein solches Begehren völlig unverständlich. Eine Veränderung der Machtstruktur durch das Hinzutreten neuer Atom-mächte würde die Lösung der schwebenden weltpolitischen Probleme, die unter dem Aspekt der Möglichkeit atomarer kriegerischer Auseinandersetzungen sowieso schon außerordentlich schwierig geworden ist, nur noch komplizierter werden lassen, so daß in der Menschheit die Hoffnung auf eine Normalisierung der Verhältnisse schwinden und einer allgemeinen tiefen Ratlosigkeit Platz machen müßte. Denn die Möglichkeit, daß der Atomclub an Zahl zunehmen könnte, ist durchaus gegeben. Nach Angaben der amerikanischen Academy of Art and Sciences haben gegenwärtig 12 Länder wirtschaftlich und technisch die Möglichkeit, Kernwaffen herzustellen, und 8 weitere Nationen könnten innerhalb der nächsten 5 Jahre ein Kernwaffen-Programm durchführen. Daß es Nationen gibt, die es an einem solchen Eargoiz nicht fehlen lassen, beweist Frankreich, das eigene Atomversuche für die nächsten Monate in der Sahara angekündigt hat. Welch eine erschreckende Perspektive für den Frieden in der ganzen Welt!

Deshalb erhebt sich die Frage, ob ein solches Streben nach Kernwaffen angesichts der Bemühungen der großen Drei in Genf völkerrechtlich noch zu rechtfertigen ist. Außerdem ist zu befürchten, daß dann, wenn man Frankreich wirklich den Eintritt in den Club der Atomkräfte gestatten würde, die Sowjetunion dasselbe für China fordern würde. Die Einleitung einer solchen Entwicklung könnte undenkbare Folgen haben. Wo kämen Welt und Menschheit hin, wenn allmählich die Zahl der Mächte, die mit atomarer Waffengewalt ausgerüstet sind, immer größer würde? Was geschähe, wenn eine dieser Mächte in eine Verzweiflungssituation geriete, wie es zum Beispiel in Ungarn der Fall war und wie es auf Formosa jeden Tag der Fall sein könnte? Glaubt etwa Frankreich, daß es in Besitz atomarer Waffen die algerische Frage besser lösen könnte? Will Frankreich, um nationaler egoistischer Ziele willen, die Sicherheit der Welt, die jetzt schon unter schwierigen Bedingungen aufrecht zu erhalten ist, noch weiter unterhöheln?

Eine Politik, die sich nicht nur dem eigenen Volk, sondern auch der Menschheit verantwortlich fühlt, muß daher wünschen, daß die Verhandlungen in Genf von einem baldigen Erfolg gekrönt sind. Jede Nation müßte bestrebt sein, durch ein entsprechendes Verhalten diesem Ziele in die Hände zu arbeiten, wie es die britische Labour-Party getan hat. Sie kündigte an, daß sie im Besitze der Regierungsverantwortung in Großbritannien sich freiwillig des Besitzes atomarer Waffen begeben würde, um unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu einem Abkommen zu gelangen, in welchem sich jedes Land verpflichtet, weder Kernwaffen auszuprobieren noch herzustellen noch zu besitzen. Ein solches Abkommen, das neben dem Club der beiden noch übrigen Atomkräfte: USA und UdSSR treten würde, hätte den Vorzug, in einträglichster Form die beiden Großen auf ihre Verantwortung hinzuweisen, die ihnen der Besitz atomarer Waffen vor aller Welt auferlegen würde. Damit ist aber mit dem Besitz atomarer Waffengewalt nicht mehr der Begriff der Macht, sondern der Begriff der Verpflichtung und der Verantwortung verbunden, der notwendig ist, um das Gleichgewicht des Grauens allmählich abzubauen, so daß aus solchen Voraussetzungen heraus internationale Abkommen über Abrüstung zustande kommen können, die der Menschheit endlich den ersehnten Frieden bringen.

Halbwahrheiten des Ministers Strauß

sp - Verteidigungsminister Strauß hat in einem Interview, für das er sogar Urlaubsstunden opferte, wieder einmal seine militärpolitischen Ansichten über die Rolle der Bundesrepublik dargelegt, in denen sich richtige Erkenntnisse mit schillernden und gefährlichen Halbwahrheiten mischen. Jeder wird ihm zustimmen, wenn er sagt, Deutschland werde niemals wieder eine politische und militärische Großmacht sein können. Daraus aber zu folgern, auch ein wiedervereinigtes Deutschland müsse Mitglied eines globalen Verteidigungssystems sein, dem mindestens die USA, Kanada und Westeuropa angehören, weil es für die Verteidigung des Westens unentbehrlich sei, liegt in der Linie jenes einseitig militärischen Denkens, das sich im Atomzeitalter als unwirksam für die Lösung politischer Fragen erwiesen hat. Die Grundthese von Strauß, der einzig mögliche Angreifer in der Welt sei nur die Sowjetunion, ist zumindest ebenso fragwürdig, wie das Mittel, das er dagegen empfiehlt und worauf er allein vertraut: auf das Vorhandensein einer wirksamen abschreckenden Armee. Abschreckend aber wirke nur, wer über die atomaren Vernichtungswaffen verfügt. Also müsse auch die Bundesrepublik Atomwaffen besitzen, wenn sie für den Westen überhaupt noch Bündnis- und Verteidigungswert haben soll.

Diese Ansichten von Strauß sind nicht neu. Bezeichnend ist nur, was unseren so agilen Verteidigungsminister allerdings nicht zu stören scheint, daß in einer solchen militärpolitischen Konzeption die deutsche Wiedervereinigung überhaupt keinen Platz findet. So kommt denn das Wort "Wiedervereinigung" bei diesem Interview nicht vor. Für ihn existiert es nicht.

Franz Josef Strauß verfügt über eine hohe Intelligenz, sie befähigt ihn aber nicht, den großen Wandel zu erkennen, der sich heute in der Weltpolitik vollzieht und dessen sichtbarster Ausdruck die bevorstehende Begegnung von Eisenhower und Chruschtschow ist. Strauß beharrt auf Positionen, deren Grundlagen ausgehöhlt sind, sein Denken bewegt sich in militärpolitischen Kategorien, die der Denkungsart von gestern entstammen. Er droht mit Atomwaffen, über die er selbst gar nicht verfügt und übersieht dabei, daß die abschreckende Wirkung der Atombombe die Sowjetunion nicht daran gehindert hat, in der Deutschland-Frage eine Stellung zu beziehen, die der eines Eingeschüchterten wahrhaftig nicht entspricht.

Es mag eine Zeit gegeben haben, und sie liegt noch nicht lange zurück, in der das Militärpotential der Bundesrepublik für den Westen gefragt und willkommen war. - Heute aber ist es für den Westen mehr eine Last, denn von Nutzen. Der deutsche Ruf nach Atomwaffen hat die moralische Position der Bundesrepublik geschwächt, die Stellung des Westens insgesamt nicht gefestigt und mehr Befürchtungen über die künftige deutsche Entwicklung ausgelöst, als uns Sympathien in der Welt erworben. Nixon bekam es in Warschau deutlich zu spüren. Dafür fehlt einem Strauß freilich jedes Empfinden, er hat auch in diesem Interview wieder einmal seinen Ruf bestätigt, einer der unerbittlichsten aller kalter Krieger zu sein.

Wirklichkeit widerlegt Lücke

mu. - Das Ergebnis einer Umfrage, die das Kieler Sozialministerium jetzt durchführte, hat für die Wohnungsbaupolitik des Kabinetts von Hassel eine arge Enttäuschung gebracht. Die Regierung hat die Zahlen der sozialdemokratischen Opposition, daß im Lande noch 140.000 Wohnungen fehlen, einfach nicht glauben wollen. Sie hat stattdessen ein Vierjahresbauprogramm für 50.000 Wohnungen eingefädelt und glaubte, damit den Wohnungsbedarf im wesentlichen decken zu können. Jetzt aber hat die Nachfrage des Kieler Sozialministeriums bei den 21 Kreisen beziehungsweise Großstädten des Landes und 180 weiteren Gemeinden ergeben: In Schleswig-Holstein fehlen noch 140.000 Wohnungen.

Die Konsequenzen aus dieser Befragung decken sich mit den seit langem von den Sozialdemokraten im Kieler Landtag erhobenen Forderungen. In Schleswig-Holstein muß noch mindestens acht Jahre lang in forcierter Tempo gebaut werden. Der Staat muß angesichts der steigenden Baupreise und der berechtigten Forderung nach höherem Wohnungskomfort auch für wenig Verdienende noch größere Mittel als bisher bereitstellen.

Der Plan von Bundeswohnungsbauminister Lücke ist in seinen wesentlichen Bestandteilen auch für Schleswig-Holstein total unrealistisch. An einen Abbau der Wohnungsbewirtschaftung, vor allem in den Großstädten und dem Ring um Hamburg, kann in absehbarer Zeit nicht gedacht werden, eben weil die CDU-Regierung von Hassel nicht genügend Wohnungen bauen konnte, was jedoch auch auf das Schulkonto des Bundes geht, der nicht bereit war, den Ländern ständig höhere Wohnungsbauittel zuzuweisen.

Ein Blick auf die Antworten, die das Kieler Sozialministerium bekam, läßt recht interessante Rückschlüsse zu. Die Zahl der fehlenden Wohnungen, die sich aus den Fortschreibungen ergab, betrug bisher 76.000. Sie ist hoffnungslos überholt worden, denn tatsächlich fehlen noch 140.000 Wohnungen. Die Tatsache, daß allein 115.000 Wohnungen sofort benötigt würden, also im Lande zwischen 345.000 und 460.000 Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 2,28 Millionen Menschen sofort eine eigene neue Wohnung haben möchten, spricht Bände.

Bevor man die letzten Wohnungsärter schließen und die letzten Schranken für eine völlige Mietpreisfreigabe hochgehen lassen kann, muß es noch ein Überangebot von zwei Prozent an Wohnungen im Lande geben, damit die Mieter "nicht in den Himmel wachsen". Es handelt sich hier um noch weitere 15.000 Wohnungen. Schließlich hat die Befragung bei den Kreisen, Städten und Gemeinden gezeigt, daß weitere 10.000 Wohnungen im Lande abbruchsreif sind, weil sie bereits heute eigentlich nicht mehr bewohnt werden dürften.

Alles in allem ergibt sich somit ein Fehlbedarf von 140.000 Wohnungen, wie es die Sozialdemokraten seinerzeit feststellten, als sie die Regierung zu höheren Wohnungsbauleistungen antreiben wollte. Die Sozialdemokraten wollen jetzt ihr Drängen auf das Kabinett von Hassel verstärken, das einfach mit einem Bauprogramm von 50.000 Wohnungen in vier Jahren bei dem falsch festgesetzten Fehlbedarf von 76.000 Wohnungen in absehbarer Zeit nicht Herr werden kann.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler